

Zu §§ 10 bis 14 HmbJVollzDSG

Auskunftserteilung über Gefangene und Untergebrachte

AV der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Nr. 6/2025 vom 19. Februar 2025
(Az. 4400/73)

I. Auskunftserteilung

Die Erteilung von Auskünften über Gefangene und Untergebrachte ist über die Fälle der §§ 10 Abs. 3 und 12 Abs. 1, 2 und 5 HmbJVollzDSG hinaus zulässig, wenn und soweit die Betroffenen nach Maßgabe des § 5 HmbJVollzDSG eingewilligt haben. Die Akten verwaltende Stelle holt die Einwilligung ein. Betroffene sind Personen, über die personenbezogene Daten in den Akten enthalten sind. Sind die Betroffenen bei der Antragstellung minderjährig, bedarf es der Einwilligung der Personensorgeberechtigten.

Über den Antrag entscheidet die Justizvollzugsanstalt, in der die Gefangenen oder Untergebrachten inhaftiert sind oder zuletzt inhaftiert waren. Es sollen die entsprechenden Formblätter verwendet werden (JBV 546A – § 12 HmbJVollzDSG Verfügung – 1/2025 und JBV 546B – § 12 HmbJVollzDSG Bescheid – 1/2025).

II. Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verfügung tritt ab sofort in Kraft. Sie ersetzt die AV Nr. 5/2018 vom 27. September 2018. Die Formblätter JBV 546A 10/18 und JBV 546B 10/18 werden mit sofortiger Wirkung ersetzt durch die Formblätter JBV 546A – § 12 HmbJVollzDSG Verfügung – 1/2025 und JBV 546B – § 12 HmbJVollzDSG Bescheid – 1/2025.

Hamburg, den 19. Februar 2025

